

Bundeswehr an Schulen

„Beim Thema Sicherheitspolitik muss sich jeder eine eigene Meinung bilden“

In Baden-Württemberg halten Jugendoffiziere regelmäßig Vorträge an Schulen. Den Inhalt regelt eine Kooperationsvereinbarung mit dem Land. Friedensorganisationen kritisieren dies seit Jahren. Nun hat das Land auch mit ihnen eine Vereinbarung geschlossen, um ihre Sichtweise verstärkt an Schulen zu bringen.

Von Elena Bischoff

VILLINGEN-SCHWENNINGEN.

Gespannt blicken die 21 Mädchen und Jungen der zehnten Werkrealschulklasse in Richtung Tafel. Ein Beamer wirft das Foto eines zerstörten Panzers in einer Wüste an die Wand. Hinter dem Pult steht nicht ihr Lehrer, sondern ein junger Mann in blauer Luftwaffenuniform.

Hauptmann Jan Helmchen ist einer von 94 Jugendoffizieren in Deutschland. Als Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung organisiert er neben Vorträgen an Schulen auch Besuche bei der Truppe und Seminare. Die Themen der Offiziere sind deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie weltweites Konfliktmanagement.

Kooperationsvereinbarung verbietet den Jugendoffizieren, zu werben

Helmchen ist 29 Jahre alt. Der große schlanke Mann mit den dunkelblonden Haaren ist seit dem Abitur bei der Bundeswehr. Seit 2012 ist er Jugendoffizier und hält regelmäßige Vorträge in Schulklassen. „Das Ziel eines Jugendoffiziers sind 80 Schulvorträge im Jahr“, sagt er. Im Südwesten werde das oft nicht erreicht, in Bayern etwa sei das Interesse deutlich größer.

Heute ist der Jugendoffizier an der Golden-Bühl-Schule in Villingen-Schwenningen (Schwarzwald-Baar-Kreis) zu Gast. Diese ist seit 2013 Gemeinschaftsschule, die Werkrealschulstufe läuft in den kommenden



Jugendoffizier Jan Helmchen spricht vor der Werkrealschulklasse der Golden-Bühl-Schule über die Aufgaben der Bundeswehr und seine Zeit in Afghanistan. FOTO: ZDF/FL

Wie die Bundeswehr Schüler erreicht

In Baden-Württemberg gibt es elf Jugendoffiziere. Sie schreiben die Schulen regelmäßig an, um ihre Vorträge anzubieten. Die Anschreiben werden über die Regierungspräsidien verteilt.

Nach Angaben der Bundesregierung wurden 2013 im gesamten Bundesge-

biet 86 Jugendoffiziere und 423 Karriereberater eingesetzt, die insgesamt 450 000 Schüler bei verschiedenen Veranstaltungen erreichten. Die Jugendoffiziere hatten 6000 Einsätze mit rund 152 000 Teilnehmern. Die Hälfte der Einsätze waren Vorträge in Schulen.

Jahren aus. Christoph Zipfel unterrichtet dort das Fach Welt, Zeit, Gesellschaft, kurz WZG. „Gerade steht Sicherheitspolitik auf dem Lehrplan, darum haben wir einen Experten eingeladen“, sagt der Lehrer. So komme etwas Fleisch an die theoretischen Knochen.

„Seit wann gibt es die Bundesrepublik Deutschland?“, fragt Helmchen. Keiner meldet sich. Zipfel reißt entsetzt die Augen auf. Dann gibt doch ein Schüler die richtige Antwort: „1949.“ Helmchen erzählt, dass die Bundeswehr erst 1955 ge-

gründet wurde. Anhand eines Schaubilds erklärt er ihre Aufgaben: Schützen, helfen, vermitteln, kämpfen. Ein zweites Schaubild zeigt die Personalakurve der Bundeswehr: 1990 zählte sie in der Bundesrepublik 500 000 Mitglieder, heute 185 000. „Seit 2011 die Wehrpflicht abgeschafft wurde, muss sich die Bundeswehr um Nachwuchs bemühen“, erklärt Helmchen. Werbung mache er aber nicht. Das wolle er nicht. Und er darf es auch nicht.

Seit 2009 besteht zwischen dem Kultusministerium Baden-Würt-

temberg und der Bundeswehr eine Kooperationsvereinbarung. Durch diese soll die Auseinandersetzung von Schülern mit sicherheitspolitischen Fragen gefördert werden. Im April wurde die Vereinbarung erneuert. In der neuen Version wird deutlicher herausgestellt, dass die politische Bildung durch die Jugendoffiziere ausgewogen sein muss und diese im Unterricht nicht für ihre Tätigkeit werben dürfen. Insgesamt haben acht Bundesländer eine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr.

„Ich möchte nicht, dass ich nach diesem Vortrag alle meiner Meinung seid“, sagt Helmchen. „Ich möchte, dass ihr über das nachdenkt, was ich euch erzähle.“ Dann zeigt er Bilder von seinem Afghanistanseinsatz. Ein tristes Neubaugebiet, Feldbetten, ein Sprengstoff-Roboter. Helmchen erklärt, mit welchem Ziel die Bundeswehr in das Land gerüst ist: Sicherheit schaffen und einheimische Sicherheitskräfte ausbilden. „Die

Bundeswehr stürmt nicht kopflös in ein Land. Kampfeinsätze sind immer nur kurzfristige Lösungen“, erklärt er. „Wir wollen die Einheimischen ausbilden, damit sie selbst für Sicherheit sorgen können.“

Trotz des eindeutigen Auftrags der Jugendoffiziere sind deren Besuche an Schulen umstritten. Kritik kommt von Friedensorganisationen und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). „Langfristig ist es unser Wunsch, die Bundeswehr von Schulen fernzuhalten“, sagt Roland Blach, Koordinator der Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden“. Seiner Ansicht nach ist allein die Anwesenheit der uniformierten Offiziere in einer Klasse indirekte Werbung. Das Werbeverbot gelte zudem nur für Jugendoffiziere, Karriereberater der Bundeswehr würden weiterhin Werbung machen.

Ein Schüler möchte wissen, wie viel ein Soldat im Auslandseinsatz verdient. Helmchen zögert kurz.

„Etwa 100 Euro am Tag“, sagt er dann. Das sei am Anfang toll, aber man dürfe nicht vergessen, was man dafür auf sich nimmt. „Über so etwas solltet ihr aber mit einem Karriereberater reden“, sagt Helmchen bestimmt. „Ich möchte euch etwas über Sicherheitspolitik erzählen.“

Das ist der zweite Punkt, der Blach stört. Er versteht nicht, warum Soldaten die Sicherheitspolitik der Regierung verkaufen. „Wenn die Politik so offensiv in Auslandseinsätze geht, soll sie das selbst darstellen“, findet er. Nach seinem Wunsch sollte die Kooperationsvereinbarung zwischen Land und Bundeswehr aufgehoben werden. Diese Meinung vertritt auch Matthias Schneider von der GEW, auch wenn man bei der Gewerkschaft nicht generell gegen Bundeswehr an Schulen sei.

Land und Friedensorganisationen wollen Friedensbildung stärken

Beide halten die aktuelle Erklärung von Kultusminister, 14 Friedensorganisationen und der GEW für einen wichtigen Schritt. Diese wurde im Oktober unterzeichnet und soll die Friedensbildung an Schulen stärken. Gemeinsam mit den Partnern werde man nun entsprechende Maßnahmen entwickeln, etwa im Bereich der Lehrerfortbildung, so der Kultusminister.

„Der Wunsch, die Kooperationsvereinbarung zwischen Land und Bundeswehr zu kündigen, ist nicht im Sinne der Landesregierung“, sagt ein Sprecher des Kultusministeriums. Es sei dem Minister wichtig, dass Schüler sicherheits- und friedenspolitische Themen sowohl aus Sicht der Bundeswehr als auch aus Sicht der Friedensorganisationen kennenlernen könnten.

Auch Helmchen kennt beide Seiten. „Mein Vater ist Pazifist“, erzählt er den überraschten Schülern. Dennoch ist Helmchen zur Bundeswehr gegangen. Sein Rat: „Wenn es um Themen wie weltweite Sicherheit und Konflikte geht, muss jeder seine eigenen Entscheidungen treffen.“